

DIE LINKE. Herne/Wanne-Eickel, Hauptstr. 181, 44652 Herne

**An Herrn Oberbürgermeister  
Dr. Frank Dudda  
- per Email -**

**Vorstand / Fraktion**

Hauptstraße 181  
44652 Herne  
Telefon 02325 / 65 40 51  
Telefax 02325 / 65 40 50  
vorstand@die-linke-herne.de  
www.die-linke-herne.de

Herne, den 23. März 2020

**Offener Brief zu Corona-Pandemie in Herne**

Sehr geehrter Herr Dr. Dudda,

die Corona-Pandemie hat uns zu einer schwierigen Phase geführt, in der bisher sowohl geltende Gesetze als auch Gepflogenheiten des allgemeinen Miteinanders außer Kraft getreten sind. Das Ergebnis ist, dass drastische Maßnahmen getroffen worden sind, die einerseits Grundrechte beschneiden, andererseits aber auch Sinn machen angesichts der vielfach nur virtuell wahrgenommen Gefahren, die von Corona ausgehen.

Voraussichtlich wird es noch sehr lang dauern, bis sich die uns bekannte Normalität wieder einstellt.

Zur Normalität zählt aber auch ein pfleglicher Umgang miteinander. Immer und überall. Dies können wir auch unabhängig vom Corona-Virus versuchen, zu gewährleisten.

Wer ist besonders vom Virus betroffen? Es sind all diejenigen, die kein Homeoffice machen können wie Krankenschwestern, Beschäftigte in der Lebensmittelindustrie oder im Einzelhandel. Er betrifft die Armen, die sonst schon kaum durch den Monat kommen, die in kleinen Wohnungen ausharren oder bei denen die Hilfseinrichtungen jetzt schließen. Es betrifft die Menschen in einem zerklüfteten Arbeitsmarkt wie in Herne, die nicht von den verbesserten Kurzarbeiterregelungen erfasst werden. Es betrifft natürlich auch die Solo-Selbständigen und Freiberufler - auch bei Beschäftigungen in Herne: Honorarkräfte der Musikschule oder der VHS, Integrationshelferinnen in den KiTas, Leiharbeitskräfte oder 450-Euro-Jobber bei städtischen Gesellschaften.

Um die persönlichen Folgen all dieser Menschen abzufedern, bitten wir Sie, dafür Sorge zu tragen,

1. dass die Stadtverwaltung allen Menschen den Lohn fortzahlt, die von der Aussetzung des Bildungs- Kultur- und Sozialbetriebes, soweit es sich um mittelbare oder unmittelbare städtische Einrichtungen handelt, betroffen sind;
2. dass die städtischen Tochter- und Enkelgesellschaften allen in den Gesellschaften Tätigen in sogenannten „prekären Beschäftigungsverhältnissen“ wie 450 Euro-Jobs, Leiharbeitsverhältnissen u.ä. ebenfalls den Lohn fortzahlt;
3. dass die Bundesagentur für Arbeit und das Jobcenter die bestehenden Zuschuss- und Darlehensregelungen gemäß §16c SGB II für in wirtschaftlicher Not gekommene Freiberufler, Selbstständige, Künstler, Kulturschaffende und Gewerbetreibende umfassend nutzt und zugunsten der Leistungsberechtigten auslegt;
4. dass die HGW auf alle Zwangsräumungen verzichtet und alle Vermieter inkl. Wohnungsbaugesellschaften aufgefordert werden, dies ebenso zu tun;

*Bitte wenden*

5. dass die Regelung zur Mietschuldenübernahme im SGB II und SGB XII konsequent angewendet werden, in dem alle Mietschulden im Rahmen des § 22 SGB II bzw. § 36 SGB XII übernommen werden;
6. dass Wohnungslose, die nicht mehr auf der Straße leben wollen oder können, die Möglichkeit erhalten auf Unterbringung in derzeit leerstehenden Pensionen und Hotels statt in überfüllten Obdachlosenunterkünften;
7. dass alle Zahlungen an Wohnungslose von tageweiser Auszahlung auf monatliche Auszahlung umgestellt werden. Ist kein Konto vorhanden, ist auf das „Barzahlen-System“ umzustellen, sodass die Auszahlung von Grundsicherungsleistungen an Supermarktkassen erfolgen kann;
8. dass die Herner Sparkasse auf Dispozinsen verzichtet;
9. dass Empfängerinnen und Empfängern von Transferleistungen das Anlegen des von der Bundesregierung empfohlenen Zehn-Tages Vorrats an Lebensmitteln und sonstigem finanziell ermöglicht wird;
10. dass die Stadt Herne personelle und/oder finanzielle Ressourcen vorhält, um die Arbeit nicht städtische Beratungs- und Anlaufstellen für Hilfesuchende (z.B. Tafel, Oase, Schuldnerberatung, Arbeitslosenzentren) im Notfall sicher zu stellen;
11. dass kurzfristig bei Bedarf dem Herner Frauenhaus zusätzliche städtische Mittel zur Verfügung gestellt wird, um bei den zu erwartenden erhöhten Fällen von häuslicher Gewalt schnell und unbürokratisch Hilfe leisten zu können;

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,


uns ist klar, dass dieser Maßnahmenkatalog bei weitem nicht ausreichend ist. Ebenso ist uns klar, dass einige der oben genannten Maßnahmen nicht allein von der Stadt Herne umgesetzt werden können. Dies entbindet uns alle aber nicht, sich trotzdem dafür einzusetzen, dass dies geschieht. Wir versichern Ihnen, dass sie dabei auf unsere Unterstützung zählen können.

Falls wir Maßnahmen genannt haben, die schon umgesetzt wurden, bitten wir um Nachsicht.

Mit solidarischen **Grüßen**



Veronika Buszewski  
Fraktionsvorsitzende DIE LINKE.



Patrick Gawliczek  
Kreissprecher DIE LINKE.Herne/Wanne-Eickel